

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Bildungschancen schaffen - Mehr Verantwortung für Bund und Schulen

#1 Das deutsche Bildungssystem ist aus der Zeit gefallen

Die vermeintliche Stärke des Föderalismus, innerhalb und außerhalb von Krisenzeiten schnell und zielgerichtet reagieren zu können, hat sich als leeres Versprechen entpuppt. Nirgends ist dies offenkundiger geworden als im deutschen Bildungssystem während der Corona-Pandemie. Dabei sind die Probleme des Bildungsföderalismus durch zahlreiche Studien und Umfragen schon seit Jahren belegt: tausende Schulen sind sanierungsbedürftig, die Digitalisierung hat Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern um Jahrzehnte verschlafen, Schülerinnen und Schüler schneiden im internationalen Vergleich regelmäßig unterdurchschnittlich oder nur mittelmäßig ab und in kaum einem anderen Land steht die soziale Herkunft so stark im Zusammenhang mit Bildungschancen wie hier. Zudem gibt es starke Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Bildung und individuelle Zukunftschancen hängen noch immer auch vom Wohnort ab.

Gleich zu Beginn der Krise hat sich gezeigt, dass die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern für chaotische Zustände sorgt. Die digitale Ausstattung war vielfach nicht vorhanden und die Zusatzprogramme zum DigitalPakt Schule zu träge, um daran bis heute etwas zu ändern. Kindern aus sozial benachteiligten Familien fehlt noch immer besonders häufig der Zugang zu technischen Endgeräten, zu ausreichend Bandbreite und digitalen Lernmitteln. Soziale Ungleichheiten wachsen unaufhaltsam weiter.

Umfragen vor und während der Pandemie zeigen, es ist Zeit für Veränderung im Bildungssystem (vgl. ifo Bildungsbarometer 2020). Und für diese Veränderung braucht es mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Zu diesem Ergebnis ist auch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek gekommen: "Wir brauchen einen Aufbruch in der Bildungspolitik. Immerhin geht es um die Zukunftschancen unserer jungen Generation. Es geht darum, dass wir Themen identifizieren, die Bund und Länder gemeinsam besser angehen können als jedes Bundesland allein." (vgl. Der Spiegel 2021).

Für einen echten Bildungsaufbruch stehen wir zur Verfügung. Gerne kommen wir miteinander ins Gespräch. Bei der Änderung des Grundgesetzes 2019 haben wir uns konstruktiv eingebracht und den Weg für den DigitalPakt Schule freigemacht. Inhaltlich hat der Bund jedoch kein Mitspracherecht und kann bei der Ausgestaltung des Programms nicht mit den Ländern kooperieren. Jetzt ist

es an der Zeit, das Kooperationsverbot auch im Bildungsbereich vollständig abzuschaffen und hierfür den Art. 91b Abs. 2 GG zu reformieren. Bislang ist der Bund nur Finanzgeber, Mitspracherecht hat er aber nicht. Bildung sollte eine gesamtstaatliche Aufgabe sein. Dafür setzen wir uns ein.

#2 Moderner Bildungsföderalismus: Für ein Kooperationsgebot zwischen Bund und Ländern

Ein Kooperationsgebot in der Bildung zwischen Bund und Ländern

Wir brauchen ein Kooperationsgebot im Art. 91b des Grundgesetzes. Zentrale Herausforderung des Bildungssystems ist es, gemeinsame Qualitätsstandards zu entwickeln sowie neue Bildungsangebote zu gestalten, um flexibel auf die heterogene Lage der Schülerschaft und ihrer Lehrkräfte reagieren zu können. In den nächsten Jahren müssen deshalb dringend inklusive Bildungs- und flächendeckende Ganztagsangebote in Form des rhythmisierten Ganztags geschaffen, die Digitalisierung vorangetrieben und Fortbildungen für Lehrkräfte dauerhaft ermöglicht werden. Die Corona-Pandemie hat mehr als deutlich gezeigt, dass die Verantwortung für diese weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht allein in den Ländern liegen kann. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für Bildungszusammenarbeit über eine sachgerechte Änderung von Artikel 91b GG wird Transparenz im Verfahren zwischen Bund und Ländern geschaffen und ein moderner Bildungsföderalismus möglich gemacht. Mit bundesweit einheitlichen und ambitionierten Bildungsstandards, sowie gemeinsamen Lernzielen und vergleichbaren Abschlussprüfungen werden Bildungsstand und Leistung nicht mehr Frage des Wohnorts sein.

Autonome Schulen als Biotope für Talente

Schulen sollen mehr Autonomie erhalten, ihre Personalstrukturen anpassen und über die Verwendung eigener Innovationsbudgets entscheiden können, die aus den Budgets der Schulträger, die für Schulausstattung zuständig sind, und denen der Länder sowie aus Förderprogrammen des Bundes gefüllt werden. Die Schulleitungen und Schulen sollten diese dann zur modernen und progressiven Gestaltung ihres Lebensraums eigenverantwortlich verausgaben dürfen. Schulen sollten die Mittel zeitlich unbegrenzt ansparen dürfen, um auch kostenintensive, aber mittelfristig strategische und profilschärfende Anschaffungen vornehmen zu können. Zu einer sich bestmöglich selbst verwaltenden Schule und einem echten Kooperationsgebot in der Bildung sollte es auch gehören, dass der Bund Finanzmittel nach entsprechender Bewilligung direkt auf das Schulkonto überweisen darf. Dort, wo die Probleme, aber auch die individuellen Talente und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler am ehesten bekannt und gelöst werden können, sollten auch die Möglichkeiten zur Veränderung liegen. Da die Position der Schulleitung für viele Lehrkräfte immer unattraktiver geworden ist, sollte das Amt zukünftig im Tandem ausgeführt werden können. Wir wollen eine Zweiteilung der Direktorenstelle mit einer Aufgabenteilung in Schulleitung und Schulmanager. Während die Schulleitung als Change Manager Innovationen bezogen auf Unterrichts- und Schulentwicklung sowie Pädagogik und Didaktik aufgreift und die

Profilentwicklung vorantreibt, organisiert der Schulmanager die für die Schule relevanten Verwaltungsaufgaben, darunter das Budget, Technik-Admins, das Gebäudemanagement und die Abstimmung mit den Schulträgern. Hochschulen sollten für die Übernahme von Führungspositionen in Schule mit Fokus auf Qualitätsentwicklung oder Schulmanagement entsprechende Vorbereitungskurse entwickeln.

Schulträger als Rückgrat der Schulen

90 % und damit ca. 5.500 der Schulträger in Deutschland befinden sich in öffentlicher Trägerschaft (vgl. Schulträger in Deutschland). Die restlichen 10 % sind freie Träger. Der Anteil der Schulträger pro Bundesland variiert allerdings erheblich. Während Hamburg und Bremen ihre Schulen zentral steuern, organisieren in Berlin alle zwölf Bezirke das Schulwesen. Bayern umfasst ca. 1.900 Schulträger, NRW ca. 430. Der Verwaltungsapparat für die 40.000 Schulen in Deutschland ist riesig und muss entschlackt werden, um Schulträger und Schulleitungen zu entlasten. Ziel wäre es, Schulträger als Servicestelle für die Schulen auszubauen. Schulleitungen sollten nur sagen müssen, was sie brauchen. Gleichzeitig müssen die Schulträger durch mehr administratives und fachspezifisches Personal, zum Beispiel für den Ausbau der digitalen Bildung an Schulen unterstützt werden.

Mehr wissenschaftsbasierte Entscheidungen in der Bildung mit einer Nationalen Einrichtung für Bildungsinnovation und Qualitätssicherung

Wir brauchen kluge Bildungsreformen, um zu den PISA-Siegern aufzuschließen. Die Bildungspolitik in Deutschland ist aber bislang viel zu oft von einem Kleinklein zwischen 16 Bundesländern statt von Bildungsinnovationen geprägt. So erhielt das renommierte Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), welches für Bildungsinnovationen zuständig ist, 2020 von den Kultusministern nur knapp sechs Mio. Euro. Die Ausgaben für das Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK), d.h. die organisatorische Betreuung, lagen hingegen bei 117 Mio. Euro.

Daher muss zur Unterstützung durch den Bund auch zählen, deutlich mehr wissenschaftsbasierte und aktuelle Kenntnisse aus und für den Bildungsbereich einzuholen. In der Medizin wird eine Behandlungsmethode erst eingeführt, wenn ihre Wirksamkeit wissenschaftlich belegt ist. In der Bildungspolitik ist das Handeln oft durch ideologische Vorstellungen geprägt, etwa beim Schreiben nach Gehör oder die Entscheidung über G8 oder G9. Wir fordern eine Stärkung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und die Weiterentwicklung des IQB zu einer nationalen Einrichtung für Bildungsinnovation und Qualitätssicherung. Die nationale Einrichtung sollte als beratender Thinktank für die Bildungspolitik agieren und muss daher mit ausreichend – auch international besetzten – Forschungsstellen ausgestattet sein. Die von Bund und Ländern gemeinsam getragene Einrichtung soll die besten, wissenschaftsbasierten Bildungskonzepte erarbeiten und als Brücke

zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis die Vielzahl wissenschaftlicher Studien in die Praxis zu den Lehrkräften bringen.

#3 Es braucht jetzt: Bildungspakt, Digitalpakt 2.0 & MINT-Offensive

Bildung first: Bildungspakt von Bund, Ländern und Gemeinden

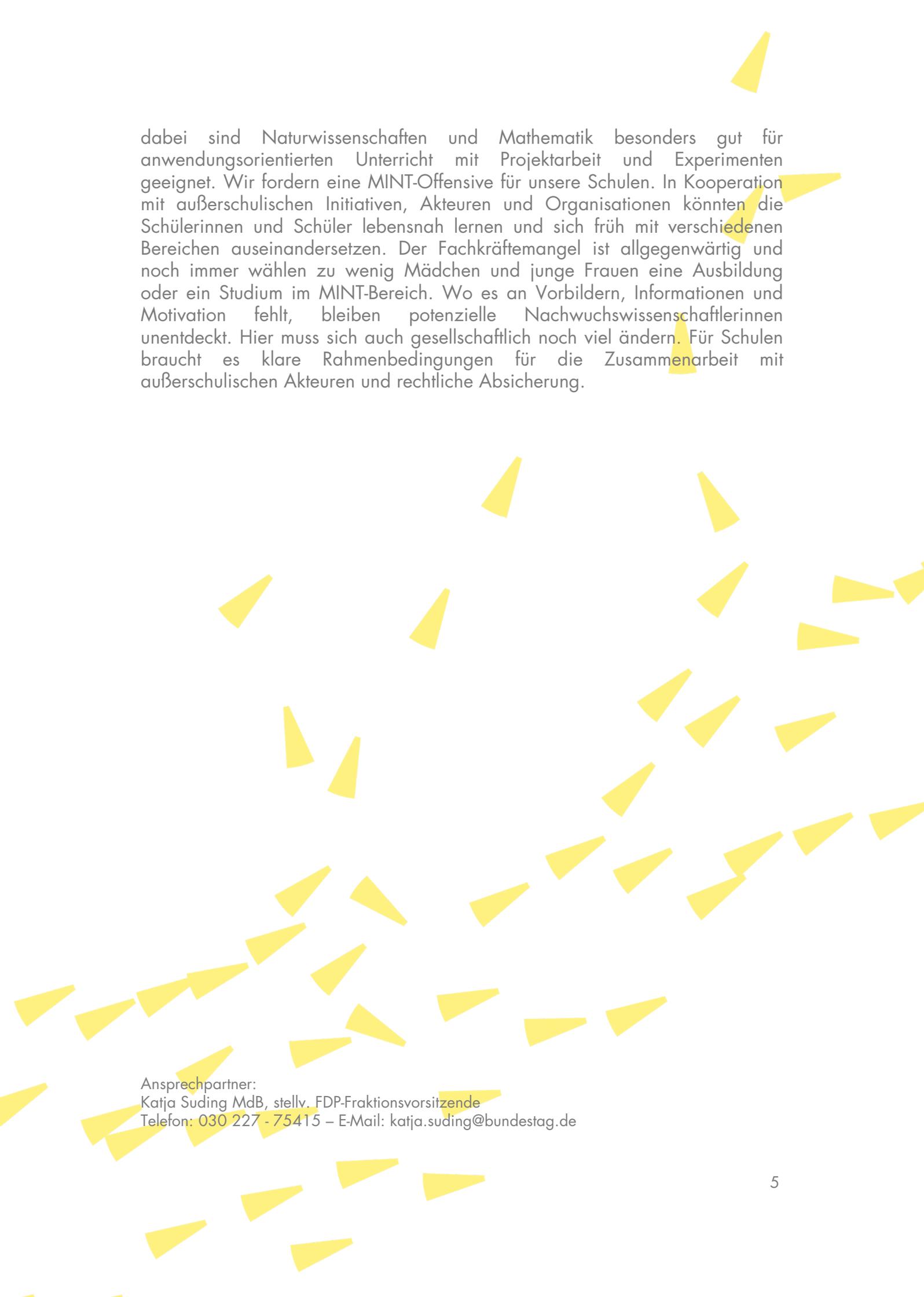
Die Modernisierung des Bildungssystems ist unsere wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe. Dies muss sich auch in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen widerspiegeln. Wir fordern einen Bildungspakt von Bund, Ländern und Gemeinden. Ein gemeinsamer Staatsvertrag sollte festschreiben, dass in den Haushalten aller politischen Ebenen zukünftig die Ausgaben für Bildung oberste Priorität haben müssen. Statt etwa 2020 zeitlich begrenzt die Mehrwertsteuer zu senken, hätte die Bundesregierung mit diesen 20 Milliarden Euro alle 35.000 Schulen in Deutschland mit WLAN und Lehrkräfte mit Endgeräten ausstatten können. Und es wäre immer noch Geld geblieben, um an all den Schulen die Toiletten zu sanieren. Hierzu gehört auch, die Schnittstelle zwischen Kultusministerien und der kommunalen Schulverwaltung zu modernisieren. Zukünftig muss es selbstverständlich sein, dass Länder und kommunale Schulträger gemeinsam wesentlich mehr finanzieren können. Bislang führt etwa die veraltete Trennung zwischen Lehr- und Lernmittel dazu, dass die Anschaffung eines Whiteboard mit Lern-Apps durch bürokratische Hürden erschwert wird.

Digitaler Turbo mit einem Digitalpakt 2.0

Bildung muss sich an der Höhe der Zeit orientieren. Wo Schülerinnen und Schüler mit Touchpad aufwachsen und Wissen in sekundenschnell im Internet nachschlagen können, müssen die Rahmenbedingungen von Schule angepasst werden, um sie dort an geeigneter Stelle abzuholen. Nur mit klugen Konzepten und nachhaltigen Maßnahmen wird Schule ein Ort kreativen Denkens. Um Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten und Schule digital auf den neuesten Stand zu bringen, braucht es schleunigst einen Digitalpakt 2.0. Dienstliche Endgeräte und E-Mail Adressen für alle Lehrkräfte müssen genauso selbstverständlich sein, wie eine Lernplattform und Administratoren zur Aufrechterhaltung des Schulsystems. Datenschutzfragen müssen endlich zentral geklärt und in die Fortbildung von Lehrkräften investiert werden. Mit den Zusatzprogrammen der Bundesregierung zum DigitalPakt kommen die Schulen nicht durch die Krise, denn die Umsetzung läuft von Beginn an schleppend. Gleichzeitig verhindert das zähe Abfließen der Mittel durch träge Antragsstrukturen etwaige digitale Sprünge, die jetzt dringend notwendig wären. Wir brauchen einen Digitalpakt 2.0, damit nicht nur in Infrastruktur und Technik investiert werden kann.

Kinder müssen Fähigkeiten erlernen, von denen Eltern noch nie gehört haben: MINT-Offensive für unsere Schulen

Gleichzeitig müssen wir auch an anderer Stelle aufholen, was jahrelang verpasst wurde. Noch heute findet Unterricht fast ausschließlich frontal statt,



dabei sind Naturwissenschaften und Mathematik besonders gut für anwendungsorientierten Unterricht mit Projektarbeit und Experimenten geeignet. Wir fordern eine MINT-Offensive für unsere Schulen. In Kooperation mit außerschulischen Initiativen, Akteuren und Organisationen könnten die Schülerinnen und Schüler lebensnah lernen und sich früh mit verschiedenen Bereichen auseinandersetzen. Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig und noch immer wählen zu wenig Mädchen und junge Frauen eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich. Wo es an Vorbildern, Informationen und Motivation fehlt, bleiben potenzielle Nachwuchswissenschaftlerinnen unentdeckt. Hier muss sich auch gesellschaftlich noch viel ändern. Für Schulen braucht es klare Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren und rechtliche Absicherung.

Ansprechpartner:
Katja Suding MdB, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende
Telefon: 030 227 - 75415 – E-Mail: katja.suding@bundestag.de